

# R101

## Erläuterungen zum Antrag auf Versichertenrente

Sehr geehrte Antragstellerin, sehr geehrter Antragsteller,

damit wir Ihren Rentenanspruch nach den gesetzlichen Bestimmungen feststellen können, benötigen wir den vollständig ausgefüllten Rentenantrag.

Die folgenden Erläuterungen sollen es Ihnen erleichtern, den Rentenantrag auszufüllen. Jede Erläuterung ist mit der gleichen Ziffer versehen wie die jeweilige Frage im Rentenantrag.

Sollte nicht ausreichend Platz vorhanden sein, um einzelne Fragen zu beantworten, verwenden Sie für Ihre Angaben bitte ein gesondertes Blatt. Wenn Sie noch nähere Auskünfte zum Rentenantrag wünschen, können Sie sich an Ihren Rentenversicherungsträger, an die Auskunfts- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung, deren Versichertenberater oder Versichertenälteste oder die örtlichen Versicherungsämter wenden. Benötigen Sie weitere Antragsvordrucke, können Sie diese dort erhalten. Alle Antragsvordrucke sind auch im Internet unter [www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de) abrufbar.

Die Anschriften der Versichertenberater oder Versichertenältesten erfahren Sie bei unseren Auskunfts- und Beratungsstellen sowie bei den Versicherungsämtern oder Gewerkschaften.

Damit Sie Ihre Rente rechtzeitig erhalten können, sollten Sie den Rentenantrag schon drei Monate vor dem gewünschten Rentenbeginn bei Ihrem Rentenversicherungsträger einreichen. Halten Sie Ihren Antrag bitte nicht zurück, weil Sie noch Unterlagen beschaffen wollen. Sie können bei der Beantwortung der jeweiligen Frage darauf hinweisen, dass Sie die Unterlagen nachschicken. Damit wir Ihre Schreiben schnell zuordnen können, geben Sie bitte immer Ihre Versicherungsnummer an.

Sie können Ihren Rentenantrag zurücknehmen oder ändern, solange Sie noch keinen Rentenbescheid erhalten haben. Nachdem Sie Ihren Rentenbescheid bekommen haben, können Sie den Antrag nur zurücknehmen oder ändern, solange der Rentenbescheid noch nicht bindend ist, das heißt, innerhalb eines Monats, nachdem er Ihnen bekanntgegeben oder zugestellt worden ist. Wenn Sie Ihren Antrag zurückgenommen haben, müssen Sie bereits erhaltene Beträge an den Rentenversicherungsträger zurückzahlen.

Haben Sie Ansprüche auf Renten aus der privaten oder betrieblichen Altersversorgung, zum Beispiel aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, empfehlen wir Ihnen, sich dort zu informieren, ob sich Ihre Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung auf diese Ansprüche auswirkt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Rentenversicherungsträger

## Zum "Hinweis"

Der Hinweis über der Versicherungsnummer ist nach § 67a Abs. 3 des Zehnten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB X) erforderlich. In dieser Vorschrift heißt es:

"Werden Sozialdaten beim Betroffenen erhoben, ist er, sofern er nicht bereits auf andere Weise Kenntnis erlangt hat, über die Zweckbestimmungen der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung und die Identität der verantwortlichen Stelle zu unterrichten. Über Kategorien von Empfängern ist der Betroffene nur zu unterrichten, soweit

1. er nach den Umständen des Einzelfalles nicht mit der Nutzung oder der Übermittlung an diese rechnen muss,
2. es sich nicht um eine Verarbeitung oder Nutzung innerhalb einer in § 35 des Ersten Buches genannten Stelle oder einer Organisationseinheit im Sinne von § 67 Abs. 9 Satz 3 handelt oder
3. es sich nicht um eine Kategorie von in § 35 des Ersten Buches genannten Stellen oder von Organisationseinheiten im Sinne von § 67 Abs. 9 Satz 3 handelt, die auf Grund eines Gesetzes zur engen Zusammenarbeit verpflichtet sind.

Werden Sozialdaten beim Betroffenen auf Grund einer Rechtsvorschrift erhoben, die zur Auskunft verpflichtet, oder ist die Erteilung der Auskunft Voraussetzung für die Gewährung von Rechten, ist der Betroffene hierauf sowie auf die Rechtsvorschrift, die zur Auskunft verpflichtet, und die Folgen der Verweigerung von Angaben, sonst auf die Freiwilligkeit seiner Angaben hinzuweisen."

In dem Ihnen vorliegenden Antragsvordruck werden nur Fragen gestellt, deren Beantwortung erforderlich ist, damit der Rentenversicherungsträger nach den für die gesetzliche Rentenversicherung maßgebenden Vorschriften über Ihren Rentenanspruch entscheiden kann. Während es dem Rentenversicherungsträger obliegt, den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln und dazu die notwendigen Beweismittel beizuziehen, bitten wir Sie, hierbei mitzuwirken. Ihre Mithilfe, die in den §§ 60 bis 65 des Allgemeinen Teils des Sozialgesetzbuches (SGB I) ausdrücklich als Mitwirkungspflicht ausgestaltet ist, ermöglicht uns erst eine Entscheidung über Ihren Antrag. Wir möchten Sie deshalb bitten, die erheblichen Tatsachen anzugeben, diese durch Unterlagen zu beweisen, der Erteilung von Auskünften durch Dritte zuzustimmen und sich gegebenenfalls ärztlich untersuchen zu lassen.

In diesem Zusammenhang müssen wir Sie darauf aufmerksam machen, dass eine fehlende Mitwirkung Nachteile mit sich bringen kann, indem zum Beispiel eine Leistung abgelehnt werden kann, nachdem Sie auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden sind und eine Ihnen gesetzte angemessene Frist verstrichen ist (§ 66 SGB I).

Benötigt der Rentenversicherungsträger Auskünfte und Unterlagen dritter Stellen, so werden die Ermittlungen hierzu grundsätzlich über Sie geführt. Ausnahmen sind nach § 67a Abs. 2 SGB X zulässig; das gilt insbesondere, wenn eine Rechtsvorschrift dies zulässt oder die Übermittlung der benötigten Information direkt an den Rentenversicherungsträger ausdrücklich vorschreibt. Direkte Ermittlungen bei Dritten dürfen auch dann geführt werden, wenn die zu erfüllende Verwaltungsaufgabe ihrer Art nach dies erforderlich macht oder die Erhebung beim Betroffenen einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde. Überwiegend schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nicht beeinträchtigt werden.

## Regelaltersgrenze

In diesen Erläuterungen wird der Begriff Regelaltersgrenze verwendet.

Sind Sie vor 1947 geboren, erreichen Sie Ihre Regelaltersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres.

Für ab 1947 Geborene wurde die Regelaltersgrenze stufenweise angehoben. Sind Sie in der Zeit vom 01.01.1947 bis 31.12.1963 geboren, liegt Ihre Regelaltersgrenze - abhängig vom Geburtsjahr - zwischen 65 Jahren und einem Monat und 66 Jahren und 10 Monaten. Es gibt jedoch Vertrauensschutzregelungen. Liegt danach Vertrauensschutz vor, erreichen Sie die Regelaltersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres.

Vertrauensschutz besteht für Sie,

- wenn Sie in der Zeit vom 01.01.1947 bis 31.12.1954 geboren sind und vor dem 01.01.2007 mit Ihrem Arbeitgeber verbindlich Altersteilzeitarbeit vereinbart haben oder
- wenn Sie in der Zeit vom 01.01.1947 bis 31.12.1963 geboren sind und Anpassungsgeld für entlassene Arbeitnehmer des Bergbaus bezogen haben.

Wann genau Sie Ihre Regelaltersgrenze erreichen, können Sie Ihrer Rentenauskunft entnehmen, sofern bei Ihnen anhand des Vordrucks R240 bereits geprüft worden ist, ob Vertrauensschutz besteht.

Sind Sie nach dem 31.12.1963 geboren, erreichen Sie die Regelaltersgrenze mit Vollendung des 67. Lebensjahres.

1

## Beantragte Rente

### Rente wegen Erwerbsminderung

Diese Rente können Sie, längstens bis zur Regelaltersgrenze, erhalten, wenn Sie

- teilweise oder voll erwerbsgemindert oder
- vor dem 02.01.1961 geboren und wegen Berufsunfähigkeit teilweise erwerbsgemindert sind,
- die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt und
- in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der teilweisen oder vollen Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeitragszeiten haben.

Die Rente wegen Erwerbsminderung wird grundsätzlich nur befristet gezahlt.

Abschlagsfrei können Sie diese Rente nach Vollendung des 63. Lebensjahres erhalten. Wenn Sie diese Rente vor diesem Zeitpunkt beziehen, so wird für jeden Kalendermonat, den die Rente vor dem 63. Lebensjahr bezogen wird, ein Rentenabschlag von 0,3 Prozent vorgenommen; insgesamt ist die Rentenminderung jedoch auf 10,8 Prozent begrenzt.

Für die Rente wegen Erwerbsminderung ist maßgebend, wie Ihre Leistungsfähigkeit wegen Krankheit oder Behinderung zeitlich eingeschränkt ist.

Wenn Sie unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes eine Erwerbstätigkeit nur noch zwischen mindestens drei bis unter sechs Stunden täglich (im Rahmen einer Fünf-Tage-Woche) ausüben können, so sind Sie teilweise erwerbsgemindert. Wenn Sie dabei arbeitslos sind und ein Ihrem Leistungsvermögen entsprechender Teilzeitarbeitsplatz nicht vorhanden ist, können Sie eine Rente wegen voller Erwerbsminderung erhalten.

Wenn Sie unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes eine Erwerbstätigkeit nur noch unter drei Stunden täglich (im Rahmen einer Fünf-Tage-Woche) ausüben können, so sind Sie voll erwerbsgemindert.

Wenn Sie vor dem 02.01.1961 geboren sind, können Sie im Rahmen einer Vertrauensschutzregelung die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit erhalten. Berufsunfähig sind Sie, wenn

- Sie Ihren bisherigen versicherungspflichtigen Beruf wegen Krankheit oder Behinderung im Vergleich zu einer ähnlich ausgebildeten gesunden Person nur noch weniger als sechs Stunden täglich (im Rahmen einer Fünf-Tage-Woche) ausüben können und
- Ihre gesundheitliche Leistungsfähigkeit sowie die fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten nicht ausreichen, um eine zumutbare andere Tätigkeit mindestens sechs Stunden täglich verrichten zu können (sogenannte Verweisungstätigkeit).

Für die Prüfung der Erwerbsminderung ist es regelmäßig erforderlich, dass Sie sich medizinisch begutachten lassen. Sie sind verpflichtet, die notwendigen ärztlichen Untersuchungen durchführen zu lassen. Die dabei entstehenden Kosten trägt der Rentenversicherungsträger, auch wenn der Rentenanspruch abgelehnt werden sollte.

Wenn Ihre Erwerbsfähigkeit durch Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und/oder Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben wesentlich gebessert, wiederhergestellt oder der Arbeitsplatz erhalten werden kann, so hat der Rentenversicherungsträger vor der Entscheidung über den Rentenanspruch entsprechende Leistungen durchzuführen.

Vor Eintritt der Erwerbsminderung müssen Sie die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt haben. Für die allgemeine Wartezeit zählen mit: Beitragszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6), Ersatzzeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 7), Kindererziehungszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 9), Zeiten nach über- und zwischenstaatlichem Recht (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6.6. und 6.7.) sowie Zeiten, die sich aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für ein Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung und aufgrund eines durchgeführten Versorgungsausgleichs oder eines Rentensplittings ergeben. In bestimmten Fällen kann die allgemeine Wartezeit auch vorzeitig erfüllt sein, zum Beispiel bei einem Arbeitsunfall oder wenn die volle Erwerbsminderung innerhalb von sechs Jahren nach Beendigung einer Ausbildung eingetreten ist.

Für die Voraussetzung von drei Jahren Pflichtbeiträgen in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung zählen auch Zeiten des Bezuges von Arbeitslosengeld oder anderer Sozialleistungen, wie zum Beispiel Krankengeld, mit. Der Fünfjahreszeitraum, in dem Sie drei Jahre Pflichtbeiträge haben müssen, verlängert sich um bestimmte Zeiten (zum Beispiel Anrechnungszeiten - siehe Erläuterungen zu Ziffer 8 - oder Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung - siehe Erläuterungen zu Ziffer 9).

Haben Sie in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung nicht für drei Jahre Pflichtbeitragszeiten zurückgelegt, kann die Rente wegen Erwerbsminderung trotzdem gezahlt werden, wenn Sie bereits vor dem 01.01.1984 die allgemeine Wartezeit erfüllt und vom 01.01.1984 an jeden Kalendermonat mit sogenannten Anwartschaftserhaltungszeiten (zum Beispiel Beitragszeiten, Anrechnungszeiten, Berücksichtigungszeiten) belegt haben. Anwartschaftserhaltungszeiten sind für die Monate nicht erforderlich, für die bei Eintritt der Leistungsminderung eine Beitragszahlung noch möglich war.

Drei Jahre Pflichtbeitragszeiten sind auch dann nicht erforderlich, wenn die Erwerbsminderung durch Tatbestände eingetreten ist, die zur vorzeitigen Erfüllung der allgemeinen Wartezeit führen würden.

Wenn Sie bereits vor Erfüllung der allgemeinen Wartezeit voll erwerbsgemindert waren und dies seitdem ununterbrochen sind, haben Sie Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung, wenn Sie die Wartezeit von 20 Jahren erfüllt haben.

Ob die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Rente wegen Erwerbsminderung vorliegen, kann oftmals erst festgestellt werden, wenn der Zeitpunkt des Eintritts Ihrer Erwerbsminderung bekannt ist. Wenn Sie im Rahmen des Rentenverfahrens aufgefordert werden, sich ärztlich untersuchen zu lassen, lässt dies daher nicht den Schluss zu, dass die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Rente wegen Erwerbsminderung auch tatsächlich erfüllt sind.

Haben Sie sowohl Anspruch auf die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung als auch auf die Rente wegen voller Erwerbsminderung, so wird die höhere Rente gezahlt.

Zur Rente wegen Erwerbsminderung darf nur in begrenztem Umfang hinzuverdient werden. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt "Hinzuverdienstbeschränkungen für Renten wegen Erwerbsminderung".

Nach bindender Bewilligung einer Rente wegen Alters oder für Zeiten des Bezuges einer solchen Rente kann kein Anspruch auf eine Rente wegen Erwerbsminderung entstehen.

### **Hinzuverdienstbeschränkungen für Renten wegen Erwerbsminderung**

Zu einer Rente wegen Erwerbsminderung dürfen Sie in begrenztem Umfang hinzuverdienen. Unabhängig von der Höhe des Hinzuverdienstes besteht ein Anspruch auf die Rente jedoch nur so lange, wie volle beziehungsweise teilweise Erwerbsminderung vorliegt. Bitte informieren Sie uns daher unverzüglich, wenn Sie eine Beschäftigung oder selbstständige Tätigkeit aufnehmen.

Die Höhe des möglichen Hinzuverdienstes richtet sich danach, ob Sie eine Rente wegen voller oder wegen teilweiser Erwerbsminderung beziehen.

Die monatliche Hinzuverdienstgrenze für die Rente wegen voller Erwerbsminderung in voller Höhe beträgt in den neuen und alten Bundesländern 400 Euro brutto. Überschreitet Ihr Hinzuverdienst diese Grenze, prüft der Rentenversicherungsträger, ob die Rente wegen voller Erwerbsminderung noch in anteiliger Höhe gezahlt werden kann.

Die Hinzuverdienstgrenzen für die Rente wegen voller Erwerbsminderung in anteiliger Höhe und für die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung werden individuell ermittelt. Deren Höhe hängt von Ihrem in den letzten drei Kalenderjahren vor Eintritt der Erwerbsminderung erzielten beitragspflichtigen Verdienst beziehungsweise den in diesem Zeitraum vorhandenen rentenrechtlichen Zeiten sowie davon ab, ob Sie Einkünfte in den alten oder in den neuen Bundesländern erzielen. Ihre individuellen Hinzuverdienstgrenzen können Sie bei Ihrem Rentenversicherungsträger erfragen oder einer aktuellen Rentenauskunft entnehmen.

Abhängig davon, welche Hinzuverdienstgrenze Sie einhalten, wird Ihnen die Rente wegen voller Erwerbsminderung in voller Höhe, in Höhe von drei Vierteln, in Höhe der Hälfte oder in Höhe von einem Viertel gezahlt; die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung in voller Höhe oder in Höhe der Hälfte. Werden sämtliche Hinzuverdienstgrenzen überschritten, kann die Rente wegen Erwerbsminderung nicht mehr gezahlt werden, auch wenn die Erwerbsminderung dem Grunde nach noch vorliegt.

Die maßgebende Hinzuverdienstgrenze dürfen Sie zweimal im Laufe eines jeden Kalenderjahres bis zum Doppelten der für einen Monat geltenden Hinzuverdienstgrenze überschreiten, ohne dass dies zu einer Rentenkürzung führt (sogenanntes privilegiertes Überschreiten). Dies ist grundsätzlich jedoch nur zulässig, wenn Sie im Vormonat die maßgebende Hinzuverdienstgrenze mit einem Verdienst eingehalten, im Vergleich zum Vormonat einen höheren Hinzuverdienst erzielt und hierdurch die bisherige monatliche Hinzuverdienstgrenze überschritten haben. Im Monat des Rentenbeginns oder in dem Monat, in dem erstmalig nach Rentenbeginn Hinzuverdienst erzielt wird, ist das privilegierte Überschreiten nur zulässig, wenn Ihr Verdienst die monatliche Hinzuverdienstgrenze durch Besonderheiten (zum Beispiel Zahlung von Weihnachtsgeld oder Vergütung von Mehrarbeit) überschreitet.

Als Hinzuverdienst zählen Arbeitsentgelt (Bruttoverdienst), Arbeits-einkommen (steuerrechtlicher Gewinn: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit), Bemessungs-entgelt von bestimmten Sozialleistungen (zum Beispiel Krankengeld oder Arbeitslosengeld) und vergleichbares Einkommen (zum Beispiel Entschädigungen für Abgeordnete, Vorruhestandsgeld). Nicht als Hinzuverdienst zählt Arbeitsentgelt, das behinderte Menschen von dem Träger einer geschützten Einrichtung erhalten, oder Entgelt, das wegen der Ausübung einer nicht erwerbsmäßigen Pflégetätigkeit bezogen wird.

### **Erziehungsrente wegen Erziehung eines Kindes nach dem Tod des geschiedenen Ehegatten oder früheren Lebenspartners**

Diese Rente können Sie, längstens bis zur Regelaltersgrenze, erhalten, wenn

- Ihre Ehe nach dem 30.06.1977 geschieden oder Ihre Eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben wurde,
- Ihr geschiedener Ehegatte oder früherer Lebenspartner verstorben ist,
- Sie nicht wieder geheiratet beziehungsweise keine neue Eingetragene Lebenspartnerschaft begründet haben und
- ein eigenes oder ein Kind Ihres Ehegatten oder Lebenspartners erziehen, das das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, oder für ein eigenes Kind oder ein Kind Ihres Ehegatten oder Lebenspartners sorgen, das das 18. Lebensjahr bereits vollendet hat, wegen einer Behinderung aber außerstande ist, sich selbst zu unterhalten.

Außerdem ist es erforderlich, dass Sie zum Zeitpunkt des Todes Ihres geschiedenen Ehegatten oder früheren Lebenspartners die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt haben.

Abschlagsfrei können Sie diese Rente nach Vollendung des 63. Lebensjahres erhalten. Wenn Sie diese Rente vor diesem Zeitpunkt beziehen, so wird für jeden Kalendermonat, den die Rente vor dem 63. Lebensjahr bezogen wird, ein Rentenabschlag von 0,3 Prozent vorgenommen; insgesamt ist die Rentenminderung jedoch auf 10,8 Prozent begrenzt.

Für die allgemeine Wartezeit zählen mit: Beitragszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6), Ersatzzeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 7), Kindererziehungszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 9), Zeiten nach über- und zwischenstaatlichem Recht (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6.6. und 6.7.) sowie Zeiten, die sich aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für ein Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung und aufgrund eines durchgeführten Versorgungsausgleichs oder eines Rentensplittings ergeben.

Geschiedenen Ehegatten stehen Ehegatten gleich, deren Ehe für nichtig erklärt oder aufgehoben ist.

Wenn Ihre Ehe vor dem 01.07.1977 aufgelöst wurde, besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Erziehungsrente. Wenn sich Ihr Unterhaltsanspruch jedoch nach dem Recht der ehemaligen DDR bestimmte, kann eine Erziehungsrente auch bei einer Eheauflösung vor dem 01.07.1977 gezahlt werden.

Besteht nur deshalb kein Anspruch auf Erziehungsrente, weil Ihre Ehe vor dem 01.07.1977 aufgelöst wurde, besteht gegebenenfalls ein Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente aus der Versicherung Ihres geschiedenen Ehegatten. Diese Rente können Sie mit den Vordrucken R500 und R630 beantragen.

Nach bindender Bewilligung einer Rente wegen Alters oder für Zeiten des Bezuges einer solchen Rente kann kein Anspruch auf eine Erziehungsrente entstehen.

### **Erziehungsrente wegen Erziehung eines Kindes nach dem Tod des Ehegatten oder Lebenspartners bei durchgeführtem Rentensplitting**

Diese Rente können Sie, längstens bis zur Regelaltersgrenze, erhalten, wenn

- bei Ihnen ein Rentensplitting durchgeführt wurde,
- Ihr Ehegatte oder Lebenspartner verstorben ist,
- Sie nicht wieder geheiratet beziehungsweise keine neue Eingetragene Lebenspartnerschaft begründet haben und
- ein eigenes oder ein Kind Ihres Ehegatten oder Lebenspartners erziehen, das das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, oder für ein eigenes Kind oder ein Kind Ihres Ehegatten oder Lebenspartners sorgen, das das 18. Lebensjahr bereits vollendet hat, wegen einer Behinderung aber außerstande ist, sich selbst zu unterhalten.

Außerdem ist es erforderlich, dass Sie zum Zeitpunkt des Todes Ihres Ehegatten oder Lebenspartners die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt haben.

Abschlagsfrei können Sie diese Rente nach Vollendung des 63. Lebensjahres erhalten. Wenn Sie diese Rente vor diesem Zeitpunkt beziehen, so wird für jeden Kalendermonat, den die Rente vor dem 63. Lebensjahr bezogen wird, ein Rentenabschlag von 0,3 Prozent vorgenommen; insgesamt ist die Rentenminderung jedoch auf 10,8 Prozent begrenzt.

Für die allgemeine Wartezeit zählen mit: Beitragszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6), Ersatzzeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 7), Kindererziehungszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 9), Zeiten nach über- und zwischenstaatlichem Recht (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6.6. und 6.7) sowie Zeiten, die sich aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für ein Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung und aufgrund eines durchgeführten Versorgungsausgleichs oder eines Rentensplittings ergeben.

Nach bindender Bewilligung einer Rente wegen Alters oder für Zeiten des Bezuges einer solchen Rente kann kein Anspruch auf eine Erziehungsrente entstehen.

### **Erläuterung zur Anlage zum Antrag auf Erziehungsrente - Angaben zum Einkommen - (Vordrucke R220 und R660)**

Sofern Sie eigenes Einkommen beziehen, ist es notwendig, dass Sie zusätzlich die Anlage zum Antrag auf Erziehungsrente - Angaben zum Einkommen - (Vordrucke R220 und R660) ausfüllen. Auch hierbei haben Sie - wie bereits auf Seite 2 (Zum "Hinweis") ausgeführt - mitzuwirken (§§ 60 bis 65 SGB I).

Trifft eine Erziehungsrente mit einem maßgebenden Einkommen zusammen, so ist die Erziehungsrente in Höhe von 40 Prozent des Betrages, um den das pauschaliert festgestellte "Nettoeinkommen" einen bestimmten Freibetrag übersteigt, nicht zu leisten. Mit der Anlage zum Antrag auf Erziehungsrente werden die Einkommen erfragt, die bei der Einkommensanrechnung zu berücksichtigen sind. Sie sind verpflichtet, dem Rentenversicherungsträger die Höhe des Einkommens nachzuweisen.

Für diesen Nachweis stehen Ihnen - je nach Einkommensart - unterschiedliche Vordrucke zur Verfügung. Bei den unter Ziffer 7 der Anlage aufgeführten Erwerbsersatzeinkommen fordert der Rentenversicherungsträger selbst die Einkommensbescheinigungen von den zuständigen Stellen an, sofern Sie hiermit einverstanden sind. Beziehen Sie kein Einkommen, ist es ausreichend, wenn Sie alle Fragen mit "nein" beantworten. Sollten Sie Einkommen in einer Höhe beziehen, das zum vollständigen Ruhen der Erziehungsrente führt, müssen Sie weder die Anlage ausfüllen noch einen Einkommensnachweis führen. In diesem Fall fügen Sie dem Rentenantrag bitte eine Erklärung mit folgendem Inhalt bei: "Ich bin damit einverstanden, dass der Rentenversicherungsträger in meiner Rentensache ein Einkommen zugrunde legt, das zum vollständigen Ruhen der Erziehungsrente führt".

### **Altersrenten**

In der Rentenversicherung gibt es verschiedene Altersrenten mit jeweils unterschiedlichen Anspruchsvoraussetzungen. Es können auch mehrere Ansprüche auf Altersrenten nebeneinander bestehen. Allerdings kann nach bindender Bewilligung einer Altersrente oder für Zeiten des Bezuges einer solchen Rente kein Anspruch auf eine andere Altersrente entstehen. Nachfolgend werden die einzelnen Altersrenten näher erläutert.

### **Regelaltersrente**

Diese Altersrente können Sie erhalten, wenn Sie die Regelaltersgrenze erreicht und die Wartezeit von fünf Jahren erfüllt haben.

Für die allgemeine Wartezeit zählen mit: Beitragszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6), Ersatzzeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 7), Kindererziehungszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 9), Zeiten nach über- und zwischenstaatlichem Recht (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6.6 und 6.7) sowie Zeiten, die sich aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für ein Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung und aufgrund eines durchgeführten Versorgungsausgleichs oder eines Rentensplittings ergeben.

Zur Regelaltersrente können Sie grundsätzlich in unbegrenzter Höhe hinzuverdienen. Etwas anderes gilt nur, wenn Sie als Abgeordnete oder Abgeordneter des Deutschen Bundestages oder des Europaparlaments eine Abgeordnetenentschädigung (Diäten) beziehen. In diesem Fall ruht die Regelaltersrente in Höhe von 80 Prozent, höchstens jedoch in Höhe der Abgeordnetenentschädigung.

### **Altersrente für langjährig Versicherte**

Diese Altersrente können Sie erhalten, wenn Sie mindestens das 63. Lebensjahr vollendet und die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt haben.

Abschlagsfrei können Sie diese Rente nach Vollendung des 65. Lebensjahres erhalten. Wollen Sie diese Rente bereits vor diesem Zeitpunkt, frühestens ab dem 63. Lebensjahr, beziehen, so wird für jeden Kalendermonat, den die Rente vor dem 65. Lebensjahr bezogen wird, ein Rentenabschlag von 0,3 Prozent vorgenommen. Dieser Rentenabschlag bleibt für die gesamte Rentenbezugsdauer erhalten. Sie können den Abschlag durch Zahlung von Beiträgen ausgleichen. Welcher Betrag dafür eingezahlt werden muss, erfahren Sie bei Ihrem Rentenversicherungsträger.

Für die Wartezeit von 35 Jahren zählen mit: Beitragszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6), Ersatzzeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 7), Kindererziehungszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 9), Zeiten nach über- und zwischenstaatlichem Recht (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6.6 und 6.7), Anrechnungszeiten (zum Beispiel Zeiten der schulischen Ausbildung nach dem 17. Lebensjahr - siehe Erläuterungen zu Ziffer 8), Berücksichtigungszeiten sowie Zeiten, die sich aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für ein Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung und aufgrund eines durchgeführten Versorgungsausgleichs oder eines Rentensplittings ergeben.

Zu dieser Altersrente dürfen Sie vor Erreichen der Regelaltersgrenze nur innerhalb bestimmter Hinzuverdienstgrenzen hinzuverdienen. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Hinzuverdienstbeschränkungen für Altersrenten. Abhängig davon, welche Hinzuverdienstgrenze Sie einhalten, wird Ihnen die Altersrente als Voll- oder Teilrente gezahlt. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Vollrente und Teilrente.

### **Altersrente für schwerbehinderte Menschen**

Diese Altersrente können Sie erhalten, wenn Sie mindestens das 60. Lebensjahr vollendet haben, bei Beginn der Altersrente schwerbehindert im Sinne des § 2 Abs. 2 des Neunten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB IX) sind und die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt haben.

Abschlagsfrei können Sie diese Altersrente nach Vollendung des 63. Lebensjahres erhalten. Wollen Sie diese Rente bereits vor diesem Zeitpunkt, frühestens ab dem 60. Lebensjahr, beziehen, so wird für jeden Kalendermonat, den die Rente vor dem 63. Lebensjahr bezogen wird, ein Rentenabschlag von 0,3 Prozent vorgenommen. Dieser Rentenabschlag bleibt für die gesamte Rentenbezugsdauer erhalten. Sie können den Abschlag durch Zahlung von Beiträgen ausgleichen. Welcher Betrag dafür eingezahlt werden muss, erfahren Sie bei Ihrem Rentenversicherungsträger.

Sind Sie vor dem 17.11.1950 geboren und waren am 16.11.2000 schwerbehindert, können Sie diese Altersrente bereits nach Vollendung des 60. Lebensjahres erhalten (Vertrauensschutzregelung). Damit der Vertrauensschutz bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden kann, beantworten Sie bitte die entsprechenden Fragen im Vordruck R240.

Ihre Schwerbehinderung (Grad der Behinderung von mindestens 50) zum beantragten Rentenbeginn weisen Sie bitte mit dem Ausweis für schwerbehinderte Menschen nach. Die nach dem bis zum 30.06.2001 geltenden Schwerbehindertengesetz ausgestellten und gegebenenfalls verlängerten Schwerbehindertenausweise dienen ebenfalls als Nachweis der Schwerbehinderung. Wenn Sie die Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft beantragt haben, das Feststellungsverfahren aber noch nicht abgeschlossen ist, so geben Sie dies bitte bei Frage 10.4 dieses Rentenantrages an. Halten Sie Ihren Antrag nicht deswegen zurück, damit keine Fristen versäumt werden - der Beginn der Altersrente richtet sich nach der Antragstellung (siehe Erläuterungen zum Rentenbeginn).

Für die Wartezeit von 35 Jahren zählen mit: Beitragszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6), Ersatzzeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 7), Kindererziehungszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 9), Zeiten nach über- und zwischenstaatlichem Recht (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6.6 und 6.7), Anrechnungszeiten (zum Beispiel Zeiten der schulischen Ausbildung nach dem 17. Lebensjahr - siehe Erläuterungen zu Ziffer 8), Berücksichtigungszeiten sowie Zeiten, die sich aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für ein Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung und aufgrund eines durchgeführten Versorgungsausgleichs oder eines Rentensplittings ergeben.

Zu dieser Altersrente dürfen Sie vor Erreichen der Regelaltersgrenze nur innerhalb bestimmter Hinzuverdienstgrenzen hinzuverdienen. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Hinzuverdienstbeschränkungen für Altersrenten. Abhängig davon, welche Hinzuverdienstgrenze Sie einhalten, wird Ihnen die Altersrente als Voll- oder Teilrente gezahlt. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Vollrente und Teilrente.

## Altersrente für Berufsunfähige oder Erwerbsunfähige

Diese Altersrente können Sie erhalten, wenn Sie mindestens das 60. Lebensjahr vollendet haben, bei Beginn der Altersrente berufs- oder erwerbsunfähig sind und die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt haben.

Abschlagsfrei können Sie diese Altersrente nach Vollendung des 63. Lebensjahres erhalten. Wollen Sie diese Rente bereits vor diesem Zeitpunkt, frühestens ab dem 60. Lebensjahr, beziehen, so wird für jeden Kalendermonat, den die Rente vor dem 63. Lebensjahr bezogen wird, ein Rentenabschlag von 0,3 Prozent vorgenommen. Dieser Rentenabschlag bleibt für die gesamte Rentenbezugsdauer erhalten. Sie können den Abschlag durch Zahlung von Beiträgen ausgleichen. Welcher Betrag dafür eingezahlt werden muss, erfahren Sie bei Ihrem Rentenversicherungsträger.

Sind Sie vor dem 17.11.1950 geboren und waren am 16.11.2000 berufs- oder erwerbsunfähig, können Sie diese Altersrente bereits nach Vollendung des 60. Lebensjahres ohne Abschläge erhalten (Vertrauensschutzregelung). Damit der Vertrauensschutz bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden kann, beantworten Sie bitte die entsprechenden Fragen im Vordruck R240.

Ob Sie zum beantragten Rentenbeginn berufs- oder erwerbsunfähig sind, prüft Ihr Rentenversicherungsträger. Bitte füllen Sie hierfür auch den Vordruck R210 aus.

Berufsunfähig sind Sie im Allgemeinen, wenn Sie in Ihrem erlernten Beruf oder in einer Ihnen zumutbaren Tätigkeit weniger als die Hälfte dessen leisten und verdienen können, was andere Berufstätige mit ähnlicher Ausbildung, gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten leisten und verdienen können. Können Sie auf absehbare Zeit keine Erwerbstätigkeit regelmäßig ausüben oder können Sie aus einer Erwerbstätigkeit nur noch ein Arbeitsentgelt von nicht mehr als 322,11 Euro (630,00 DM) monatlich erzielen, so sind Sie auch erwerbsunfähig.

Für die Prüfung der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit ist es regelmäßig erforderlich, dass Sie sich medizinisch begutachten lassen. Die dabei entstehenden Kosten trägt der Rentenversicherungsträger, auch wenn der Rentenantrag abgelehnt werden sollte.

Für die Wartezeit von 35 Jahren zählen mit: Beitragszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6), Ersatzzeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 7), Kindererziehungszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 9), Zeiten nach über- und zwischenstaatlichem Recht (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6.6 und 6.7), Anrechnungszeiten (zum Beispiel Zeiten der schulischen Ausbildung nach dem 17. Lebensjahr - siehe Erläuterungen zu Ziffer 8), Berücksichtigungszeiten sowie Zeiten, die sich aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für ein Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung und aufgrund eines durchgeführten Versorgungsausgleichs oder eines Rentensplittings ergeben.

Zu dieser Altersrente dürfen Sie vor Erreichen der Regelaltersgrenze nur innerhalb bestimmter Hinzuverdienstgrenzen hinzuverdienen. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Hinzuverdienstbeschränkungen für Altersrenten. Abhängig davon, welche Hinzuverdienstgrenze Sie einhalten, wird Ihnen die Altersrente als Voll- oder Teilrente gezahlt. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Vollrente und Teilrente.

## Altersrente wegen Arbeitslosigkeit

Diese Altersrente können Sie erhalten, wenn Sie mindestens das 60. Lebensjahr vollendet haben, bei Beginn der Rente arbeitslos sind, nach Vollendung eines Lebensalters von 58 Jahren und sechs Monaten insgesamt 52 Wochen arbeitslos waren, in den letzten zehn Jahren vor Rentenbeginn mindestens acht Jahre Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit gezahlt und die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt haben.

Abschlagsfrei können Sie diese Altersrente nach Vollendung des 65. Lebensjahres erhalten. Wollen Sie diese Rente bereits vor diesem Zeitpunkt, frühestens ab dem 60. Lebensjahr, beziehen, so wird für jeden Kalendermonat, den die Rente vor dem 65. Lebensjahr bezogen wird, ein Rentenabschlag von 0,3 Prozent vorgenommen. Dieser Rentenabschlag bleibt für die gesamte Rentenbezugsdauer erhalten. Sie können den Abschlag durch Zahlung von Beiträgen ausgleichen. Welcher Betrag dafür eingezahlt werden muss, erfahren Sie bei Ihrem Rentenversicherungsträger.

Für Geburtsjahrgänge 1946 und jünger wurde die Altersgrenze für die vorzeitige Inanspruchnahme dieser Altersrente stufenweise angehoben. Sind Sie in der Zeit vom 01.01.1946 bis 30.11.1948 geboren, liegt die Altersgrenze, ab der Sie die Altersrente frühestmöglich mit Abschlägen erhalten können, abhängig vom Geburtsmonat und Geburtsjahr zwischen 60 Jahren und einem Monat und 62 Jahren und elf Monaten. Sind Sie in der Zeit vom 01.12.1948 bis 31.12.1951 geboren, können Sie diese Rente frühestmöglich ab dem 63. Lebensjahr mit Abschlägen erhalten. Es gibt jedoch Vertrauensschutzregelungen (siehe Vordruck R240). Liegt danach Vertrauensschutz vor, können Sie diese Rente bereits nach Vollendung des 60. Lebensjahres mit Abschlägen erhalten. Damit der Vertrauensschutz berücksichtigt werden kann, beantworten Sie bitte die entsprechenden Fragen im Vordruck R240.

Wenn Sie während der Arbeitslosigkeit bei der Agentur für Arbeit gemeldet waren, werden die Zeiten der Arbeitslosigkeit maschinell in Ihr Versicherungskonto bei der Deutschen Rentenversicherung übermittelt. Sollten im Einzelfall noch weitere Nachweise erforderlich sein, wird sich der Rentenversicherungsträger an Sie wenden.

Für die Voraussetzung von acht Jahren Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit in den letzten zehn Jahren vor Rentenbeginn zählen auch Zeiten des Bezuges von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosengeld II und anderer Sozialleistungen mit.

Der Zehnjahreszeitraum verlängert sich durch bestimmte Zeiten (zum Beispiel Anrechnungszeiten - siehe Erläuterungen zu Ziffer 8 - oder Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung - siehe Erläuterungen zu Ziffer 9).

Für die Wartezeit von 15 Jahren zählen mit: Beitragszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6), Ersatzzeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 7), Kindererziehungszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 9), Zeiten nach über- und zwischenstaatlichem Recht (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6.6 und 6.7) sowie Zeiten, die sich aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für ein Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung und aufgrund eines durchgeführten Versorgungsausgleichs oder eines Rentensplittings ergeben.

Zu dieser Altersrente dürfen Sie vor Erreichen der Regelaltersgrenze nur innerhalb bestimmter Hinzuverdienstgrenzen hinzuverdienen. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Hinzuverdienstbeschränkungen für Altersrenten. Abhängig davon, welche Hinzuverdienstgrenze Sie einhalten, wird Ihnen die Altersrente als Voll- oder Teilrente gezahlt. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Vollrente und Teilrente.

## Altersrente nach Altersteilzeitarbeit

Diese Altersrente können Sie erhalten, wenn Sie mindestens das 60. Lebensjahr vollendet haben, Ihre Arbeitszeit aufgrund von Altersteilzeitarbeit im Sinne des Altersteilzeitgesetzes (AtG) für mindestens 24 Kalendermonate vermindert haben, in den letzten zehn Jahren vor Rentenbeginn mindestens acht Jahre Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit gezahlt und die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt haben.

Abschlagsfrei können Sie diese Altersrente nach Vollendung des 65. Lebensjahres erhalten. Wollen Sie diese Rente bereits vor diesem Zeitpunkt, frühestens ab dem 60. Lebensjahr, beziehen, so wird für jeden Kalendermonat, den die Rente vor dem 65. Lebensjahr bezogen wird, ein Rentenabschlag von 0,3 Prozent vorgenommen. Dieser Rentenabschlag bleibt für die gesamte Rentenbezugsdauer erhalten. Sie können den Abschlag durch Zahlung von Beiträgen ausgleichen. Welcher Betrag dafür eingezahlt werden muss, erfahren Sie bei Ihrem Rentenversicherungsträger.

Für Geburtsjahrgänge 1946 und jünger wurde die Altersgrenze für die vorzeitige Inanspruchnahme dieser Altersrente stufenweise angehoben. Sind Sie in der Zeit vom 01.01.1946 bis 30.11.1948 geboren, liegt die Altersgrenze, ab der Sie die Altersrente frühestmöglich mit Abschlägen erhalten können, abhängig vom Geburtsmonat und Geburtsjahr zwischen 60 Jahren und einem Monat und 62 Jahren und elf Monaten. Sind Sie in der Zeit vom 01.12.1948 bis 31.12.1951 geboren, können Sie diese Rente frühestmöglich ab dem 63. Lebensjahr mit Abschlägen erhalten. Es gibt jedoch Vertrauensschutzregelungen (siehe Vordruck R240). Liegt danach Vertrauensschutz vor, können Sie diese Rente bereits nach Vollendung des 60. Lebensjahres mit Abschlägen erhalten. Damit der Vertrauensschutz berücksichtigt werden kann, beantworten Sie bitte die entsprechenden Fragen im Vordruck R240.

Für diese Altersrente müssen Sie Ihre Arbeitszeit aufgrund von Altersteilzeitarbeit im Sinne des AtG für mindestens 24 Kalendermonate auf die Hälfte der bisherigen wöchentlichen Arbeitszeit vermindert haben. Haben Sie Altersteilzeitarbeit im Blockmodell geleistet, müssen mindestens 12 Monate mit der bisherigen Arbeitszeit ("Vollerwerbsphase") und 12 Monate Freistellungsphase zurückgelegt worden sein. Sie müssen zu dem in § 2 AtG genannten Personenkreis gehören und es müssen für Sie Leistungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 AtG (Nettoaufstockungsbeträge und zusätzliche Rentenversicherungsbeiträge) erbracht worden sein.

Für die Voraussetzung von acht Jahren Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit in den letzten zehn Jahren vor Rentenbeginn zählen auch Zeiten des Bezuges von Arbeitslosengeld oder anderer Sozialleistungen, wie zum Beispiel Krankengeld, mit.

Der Zehnjahreszeitraum verlängert sich durch bestimmte Zeiten (zum Beispiel Anrechnungszeiten - siehe Erläuterungen zu Ziffer 8 - oder Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung - siehe Erläuterungen zu Ziffer 9).

Für die Wartezeit von 15 Jahren zählen mit: Beitragszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6), Ersatzzeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 7), Kindererziehungszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 9), Zeiten nach über- und zwischenstaatlichem Recht (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6.6 und 6.7) sowie Zeiten, die sich aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für ein Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung und aufgrund eines durchgeführten Versorgungsausgleichs oder eines Rentensplittings ergeben.

Zu dieser Altersrente dürfen Sie vor Erreichen der Regelaltersgrenze nur innerhalb bestimmter Hinzuverdienstgrenzen hinzuverdienen. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Hinzuverdienstbeschränkungen für Altersrenten. Abhängig davon, welche Hinzuverdienstgrenze Sie einhalten, wird Ihnen die Altersrente als Voll- oder Teilrente gezahlt. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Vollrente und Teilrente.

### **Altersrente für Frauen**

Als Frau können Sie diese Altersrente erhalten, wenn Sie das 60. Lebensjahr vollendet haben, nach Vollendung Ihres 40. Lebensjahres mehr als zehn Jahre Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit gezahlt und die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt haben.

Wenn Sie vor dem 01.12.1944 geboren sind, können Sie diese Rente bereits vor Vollendung des 65. Lebensjahres abschlagsfrei erhalten.

Wenn Sie nach dem 30.11.1944 geboren sind, können Sie diese Altersrente abschlagsfrei nach Vollendung des 65. Lebensjahres erhalten. Wollen Sie diese Rente bereits vor diesem Zeitpunkt, frühestens ab dem 60. Lebensjahr, beziehen, so wird für jeden Kalendermonat, den die Rente vor dem 65. Lebensjahr bezogen wird, ein Rentenabschlag von 0,3 Prozent vorgenommen. Dieser Rentenabschlag bleibt für die gesamte Rentenbezugsdauer erhalten. Sie können den Abschlag durch Zahlung von Beiträgen ausgleichen. Welcher Betrag dafür eingezahlt werden muss, erfahren Sie bei Ihrem Rentenversicherungsträger.

Für die Voraussetzung von mehr als zehn Jahren Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit nach Vollendung eines Lebensalters von 40 Jahren zählen auch Zeiten des Bezuges von Arbeitslosengeld oder anderer Sozialleistungen, wie zum Beispiel Krankengeld, mit.

Für die Wartezeit von 15 Jahren zählen mit: Beitragszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6), Ersatzzeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 7), Kindererziehungszeiten (siehe Erläuterungen zu Ziffer 9), Zeiten nach über- und zwischenstaatlichem Recht (siehe Erläuterungen zu Ziffer 6.6 und 6.7) sowie Zeiten, die sich aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für ein Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung und aufgrund eines durchgeführten Versorgungsausgleichs oder eines Rentensplittings ergeben.

Zu dieser Altersrente dürfen Sie vor Erreichen der Regelaltersgrenze nur innerhalb bestimmter Hinzuverdienstgrenzen hinzuverdienen. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Hinzuverdienstbeschränkungen für Altersrenten. Abhängig davon, welche Hinzuverdienstgrenze Sie einhalten, wird Ihnen die Altersrente als Voll- oder Teilrente gezahlt. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Vollrente und Teilrente.

### **Vollrente und Teilrente**

Sämtliche Altersrenten, auch die Regelaltersrente, können Sie in voller Höhe, als Vollrente, oder als Teilrente in Höhe von zwei Dritteln, in Höhe der Hälfte oder in Höhe von einem Drittel der Vollrente erhalten.

Wenn Sie neben Ihrer Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze hinzuverdienen, besteht eventuell auch wegen der Höhe Ihres Hinzuverdienstes nur noch ein Anspruch auf eine Teilrente. Nähere Hinweise entnehmen Sie bitte dem Abschnitt Hinzuverdienstbeschränkungen für Altersrenten.

Wenn Sie eine Altersvollrente beziehen, sind Sie versicherungsfrei in der gesetzlichen Rentenversicherung. Aus einem neben einer Altersvollrente erzielten Arbeitsentgelt werden deshalb keine Beiträge mehr zur Rentenversicherung gezahlt, die Ihre Altersrente erhöhen könnten. Beziehen Sie eine Teilrente, sind Sie grundsätzlich nicht versicherungsfrei. Erzielen Sie neben einer Teilrente Arbeitsentgelt, so können die aus diesem Entgelt zu zahlenden Beiträge eine spätere Vollrente erhöhen.

### **Hinzuverdienstbeschränkungen für Altersrenten**

Anspruch auf eine Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze besteht nur, wenn bestimmte Hinzuverdienstgrenzen eingehalten werden.

Die monatliche Hinzuverdienstgrenze für die Altersrente in voller Höhe beträgt in den neuen und alten Bundesländern 400 Euro. Überschreitet Ihr Hinzuverdienst diese Grenze, besteht kein Anspruch mehr auf die Altersrente in voller Höhe. Der Rentenversicherungsträger prüft jedoch, ob die Altersrente noch als Teilrente gezahlt werden kann. Die Hinzuverdienstgrenzen für die Teilrenten sind höher und werden individuell ermittelt. Deren Höhe hängt von Ihrem in den letzten drei Kalenderjahren vor Rentenbeginn erzielten beitragspflichtigen Verdienst beziehungsweise den in diesem Zeitraum vorhandenen rentenrechtlichen Zeiten sowie davon ab, ob Sie Einkünfte in den alten oder in den neuen Bundesländern erzielen. Ihre individuellen Hinzuverdienstgrenzen können Sie bei Ihrem Rentenversicherungsträger erfragen oder einer aktuellen Rentenauskunft entnehmen.

Abhängig davon, welche Hinzuverdienstgrenze Sie einhalten, wird Ihnen die Altersrente in voller Höhe, in Höhe von zwei Dritteln, in Höhe der Hälfte oder in Höhe von einem Drittel gezahlt. Überschreitet Ihr Hinzuverdienst auch die Hinzuverdienstgrenze für die Altersrente in Höhe von einem Drittel, entfällt der Rentenanspruch völlig. Wenn die Altersrente wieder gezahlt werden soll, weil Sie mit Ihrem Verdienst wieder eine Hinzuverdienstgrenze einhalten oder wegen Erreichens der Regelaltersgrenze unbegrenzt hinzuverdienen dürfen, müssen Sie erneut einen Rentenantrag stellen. Das gleiche gilt, wenn Sie eine Teilrente erhalten und mit Ihrem Hinzuverdienst nunmehr die Grenze für eine höhere Teilrente oder für die Vollrente einhalten.

Die maßgebende Hinzuverdienstgrenze dürfen Sie zweimal im Laufe eines jeden Kalenderjahres bis zum Doppelten der für einen Monat geltenden Hinzuverdienstgrenze überschreiten, ohne dass dies zu einer Rentenkürzung führt (sogenanntes privilegiertes Überschreiten). Dies ist grundsätzlich jedoch nur zulässig, wenn Sie im Vormonat die maßgebende Hinzuverdienstgrenze mit einem Verdienst eingehalten, im Vergleich zum Vormonat einen höheren Hinzuverdienst erzielt und hierdurch die bisherige monatliche Hinzuverdienstgrenze überschritten haben. Im Monat des Rentenbeginns oder in dem Monat, in dem erstmalig nach Rentenbeginn Hinzuverdienst erzielt wird, ist das privilegierte Überschreiten nur zulässig, wenn Ihr Verdienst die monatliche Hinzuverdienstgrenze durch Besonderheiten (zum Beispiel Zahlung von Weihnachtsgeld oder Vergütung von Mehrarbeit) überschreitet.

Als Hinzuverdienst zählen Arbeitsentgelt (Bruttoverdienst), Arbeits-einkommen (steuerrechtlicher Gewinn: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit) und vergleichbares Einkommen (zum Beispiel Entschädigungen für Abgeordnete). Nicht als Hinzuverdienst zählt Arbeitsentgelt, das behinderte Menschen von dem Träger einer geschützten Einrichtung erhalten, oder Entgelt, das wegen der Ausübung einer nicht erwerbsmäßigen Pflegetätigkeit bezogen wird.

Nach Ablauf des Monats, in dem Sie die Regelaltersgrenze erreichen, dürfen Sie grundsätzlich unbeschränkt hinzuverdienen. Etwas anderes gilt nur, wenn Sie als Abgeordnete oder Abgeordneter des Deutschen Bundestages oder des Europaparlaments eine Abgeordnetenentschädigung (Diäten) beziehen. In diesem Fall ruht die Altersrente in Höhe von 80 Prozent, höchstens jedoch in Höhe der Abgeordnetenentschädigung.

### **Rentenbeginn**

Eine Rente beginnt frühestmöglich am Ersten des Monats, zu dessen Beginn alle Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, wenn der Rentenantrag rechtzeitig gestellt wurde. Stellen Sie den Rentenantrag später als drei Monate nach Ablauf des Monats, in dem alle Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, beginnt die Rente am Ersten des Monats der Antragstellung.

Bei einer Altersrente können Sie grundsätzlich auch einen späteren als den frühestmöglichen Rentenbeginn bestimmen. Dies gilt nicht, wenn Sie durch einen anderen Leistungsträger (zum Beispiel die Agentur für Arbeit) zur Rentenantragstellung aufgefordert worden sind und dadurch Ihr Dispositionsrecht eingeschränkt ist. Als Beginn der Altersrente tragen Sie bitte den Ersten des Monats ein, von dem an die Altersrente gezahlt werden soll.

Eine Rente wegen Erwerbsminderung wird regelmäßig als befristete Rente gezahlt. Eine unbefristete Rente kommt nur in Betracht, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die Erwerbsminderung behoben werden kann. Befristete Renten werden nicht vor Beginn des siebten Kalendermonats nach Eintritt der Erwerbsminderung geleistet. Stellen Sie den Antrag später als sieben Kalendermonate nach dem Eintritt der Erwerbsminderung, beginnt die Rente mit dem Ersten des Antragsmonats.

## **2 Angaben zur Person**

Die Angaben zur Person (Name, Vorname, Geburtsdatum usw.) müssen den Eintragungen in der Geburtsurkunde entsprechen. Sie sind erforderlich, damit das Beitragskonto einwandfrei ermittelt werden kann. Diesem Zweck dient auch die Frage nach dem Geburtsnamen, unter dem die Versicherungsunterlagen möglicherweise verwahrt werden.

Soweit eine Bestätigung der Personenstandsdaten zu Ziffer 2 nicht durch eine hierfür befugte Stelle vorgenommen wurde, sind Personenstandsurkunden einzusenden (siehe Erläuterungen zum Abschnitt "Anlagen").

Nach § 22a Einkommensteuergesetz (EStG) haben die Rentenversicherungsträger die gezahlten Leibrenten oder andere Leistungen, die für die Besteuerung relevant sind, maschinell der zentralen Stelle zu übermitteln (Rentenbezugsmitteilung).

Sie sind nach § 22a Absatz 2 EStG verpflichtet, Ihre persönliche Identifikationsnummer (IdentNr) dem Rentenversicherungsträger mitzuteilen. Um weiteren Schriftwechsel zu vermeiden, geben Sie bitte die IdentNr im Antrag an. Diese 11-stellige Nummer wird / wurde Ihnen vom Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) mitgeteilt.

## **4 Zahlungsweg**

Die Rentenleistungen werden aufgrund von gesetzlichen Vorschriften durch die Deutsche Post AG ausgezahlt (§ 119 SGB VI). Die Auszahlung erfolgt grundsätzlich unbar. Es ist wichtig, dass die Angaben für den Zahlungsweg genau und vollständig gemacht werden. Nur dann ist eine pünktliche Überweisung gewährleistet. Besteht bisher kein Konto, bitten wir bei einer Bank, Sparkasse oder bei der Postbank ein Konto zu eröffnen. Die Angaben zu IBAN (International Bank Account Number) und BIC (Bank Identifier Code) entnehmen Sie bitte Ihrem Kontoauszug.

## **5 Angaben zum Versicherungsverlauf**

Wenn Sie in einem Kontenklärungsverfahren bereits einen Versicherungsverlauf erhalten haben, kreuzen Sie bitte das Feld "ja" an. In diesem Fall müssen Sie alle weiteren Fragen im Renten Antrag beantworten.

Haben Sie noch keinen Versicherungsverlauf in einem Kontenklärungsverfahren erhalten, kreuzen Sie bitte das Feld "nein" an. In diesem Fall muss Ihr Versicherungskonto noch geklärt werden. Für eine vollständige Klärung ist es erforderlich, dass Sie den Antrag auf Kontenklärung vollständig ausfüllen und beifügen. Wenn Sie vor 1979 geboren sind, verwenden Sie hierfür bitte den Vordruck V100, wenn Sie nach 1978 geboren sind, den Vordruck V101. Bitte füllen Sie dann den Renten Antrag ab Ziffer 10 weiter aus.

## **6 Beitragszeiten**

**6.1** In dieser Aufstellung können Sie im Versicherungsverlauf fehlende Zeiten aufführen, für die Beiträge zur Rentenversicherung im Bundesgebiet oder zu einem Sozialversicherungsträger der ehemaligen DDR gezahlt worden sind. Bitte fügen Sie Beweismittel bei.

Als Beweismittel kommen unter anderem in Betracht

- Aufrechnungsbescheinigungen
- Versicherungskarten
- Quittungskarten
- Entgeltbescheinigungen (Versicherungskarten) aus den Versicherungsnachweisheften
- Versicherungsausweise für Beschäftigte und Selbständige
- Sozialversicherungsausweise beziehungsweise Ausweise für Arbeit und Sozialversicherung der DDR
- Rentenbescheide der DDR
- (Wieder-) Herstellungsbescheide
- Beitragsbescheinigungen
- Versicherungsverläufe
- Sammelbücher
- Seefahrtsbücher
- Bescheinigungen der Reedereien
- Bergmannsbücher

- Abkehrscheine
- Bescheinigungen der Arbeitgeber
- Beitragsunterlagen
- Bescheinigungen oder Mitgliedskarten der Krankenkasse
- Gehaltsabrechnungen
- Arbeitsbücher
- Zeugnisse
- Zeugenerklärungen.

Manche Personen haben Ihre Rentenversicherungsbeiträge nicht an die Krankenkasse, sondern direkt an die Rentenversicherungsträger gezahlt, zum Beispiel versicherungspflichtige Selbständige, freiwillig Versicherte oder Versicherte in der ehemaligen DDR. In diesem Fall geben Sie bitte an Stelle der Krankenkasse den Rentenversicherungsträger an, an den die Beiträge gezahlt wurden.

**6.5** Nachgewiesene Pflichtbeiträge für eine Berufsausbildung (zum Beispiel Lehrzeit, berufliche Fortbildung oder Umschulung) werden bei der Rentenberechnung besonders bewertet.

Wir bitten Sie daher um Angabe, in welchen Zeiten Sie eine Berufsausbildung zurückgelegt haben. Eine Bescheinigung über die Höhe des Arbeitsentgelts ist nur für Kalenderjahre erforderlich, in denen vor oder nach der Berufsausbildung Arbeitsentgelt erzielt wurde.

Wurden für eine Zeit der Berufsausbildung keine Pflichtbeiträge gezahlt (zum Beispiel Lehrzeit im elterlichen Betrieb, Praktikum), kann diese Zeit unter bestimmten Voraussetzungen trotzdem als Pflichtbeitragszeit gelten. Als Nachweise kommen unter anderem in Betracht: Lehrvertrag, Lehranzeige, Prüfungszeugnis, landwirtschaftlicher Gesellenbrief.

Sollten keine Nachweise mehr vorliegen, können entsprechende Unterlagen gegebenenfalls bei der Handwerkskammer, der Industriekammer oder bei der Landwirtschaftskammer erhältlich sein.

**6.6** Die rentenrechtlichen Vorschriften der genannten Staaten sehen vor, dass Versicherungszeiten bereits aufgrund eines gewöhnlichen Aufenthalts in diesen Staaten erworben werden können (Wohnzeiten). Diese Zeiten können für die Prüfung der Rentenanspruchsvoraussetzungen und gegebenenfalls für die Rentenberechnung berücksichtigt werden.

**6.7** Diese Frage betrifft Personen, die zum Beispiel durch

- die Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit im Ausland,
  - die Ableistung von Militär- beziehungsweise Wehrdienst im Ausland,
  - die Erziehung von Kindern im Ausland,
  - den Bezug von ausländischen Sozialleistungen,
  - die Zahlung freiwilliger Beiträge zu einem ausländischen Versicherungsträger
- oder
- die Wohnsitznahme im Ausland (siehe Ziffer 6.6)

sozialversicherungsrechtliche Beziehungen zu einem oder mehreren ausländischen Staaten haben.

Die Frage betrifft auch Zeiten, in denen Beamte oder ihnen gleichgestellte Personen einem Sondersystem in einem Mitgliedstaat der EU beziehungsweise in dem EWR angehört haben. Zu den Ländern der EU gehören Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Zum EWR gehören Island, Liechtenstein und Norwegen.

Ausländische Zeiten können bei der Prüfung der Voraussetzungen für den Rentenanspruch und gegebenenfalls auch bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden, wenn die Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft (Verordnungen [EWG] Nr. 1408/71 und Nr. 574/72) oder Sozialversicherungsabkommen beziehungsweise Abkommen über Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland mit ausländischen Staaten dies vorsehen oder wenn deutsche Vorschriften, zum Beispiel das Fremdrentengesetz, eine Berücksichtigung ermöglichen.

Die Frage betrifft auch Personen, die bei einem Organ, einer gleichgestellten Einrichtung oder einer Agentur der EU beschäftigt waren und deren Versorgungssystem unterlagen. Diese Zeiten können bei der Prüfung der Voraussetzungen für den Rentenanspruch berücksichtigt werden.

Sämtliche Zeiten sind anzugeben. Aufgrund der Angaben leitet der Rentenversicherungsträger die erforderlichen Ermittlungen über den Umfang dieser Zeiten ein.

Zur Erleichterung der Ermittlungen sind eventuell vorhandene Unterlagen über ausländische Versicherungszeiten dem Rentenantrag beizufügen, zum Beispiel

- Versicherungsverläufe
- Bescheide ausländischer Versicherungsträger
- Versicherungsausweise
- Versicherungsbücher
- Bescheinigungen der Krankenkassen
- Zeugnisse
- Arbeitsbücher
- Bescheinigungen der Arbeitgeber
- Unterlagen über ausländische Zeiten als Beamter (zum Beispiel Bescheinigungen des Versorgungsträgers).

**7**

### Ersatzzeiten

Haben Sie unter Frage 7 genannte Zeiten zurückgelegt, sind diese unter bestimmten Voraussetzungen Ersatzzeiten. Ersatzzeiten liegen nicht vor, wenn während dieser Zeiten eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit bestanden hat. Ersatzzeiten zählen wie Beitragszeiten für alle Wartezeiten mit und beeinflussen die Rentenhöhe.

**8**

### Anrechnungszeiten

Haben in Ihrem Fall unter Frage 8 genannte Sachverhalte vorgelegen, sind diese unter bestimmten Voraussetzungen Anrechnungszeiten. Anrechnungszeiten zählen mit für die Wartezeit von 35 Jahren. Sie sind auch wichtig, wenn für Renten besondere versicherungsrechtliche Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Anrechnungszeiten können sich auf die Rentenhöhe auswirken.

**8.2**

Anzugeben sind hier Zeiten des Bezuges von Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld oder Übergangsgeld, für die die Agentur für Arbeit, eine Kommune oder eine Arbeitsgemeinschaft für Sie Beiträge an eine Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung (zum Beispiel Architektenkammer), an ein Versicherungsunternehmen (zum Beispiel private Lebensversicherungsgesellschaft) oder an Sie selbst gezahlt hat. Für diese Zeiten können Anrechnungszeiten nicht berücksichtigt werden. Als Nachweis dient die Mitteilung der Agentur für Arbeit, einer Kommune oder einer Arbeitsgemeinschaft über die Beitragszahlung.

**9**

### Angaben zu Kindern

Zeiten der Kindererziehung können für Sie als rentenrechtliche Zeiten anerkannt werden. Dies gilt nicht nur für leibliche Mütter und Väter, sondern auch für Adoptiv-, Stief- und Pflegemütter beziehungsweise -väter.

Hierbei werden die Zeiten der Erziehung während der ersten zwölf Kalendermonate nach dem Monat der Geburt - für nach dem 31.12.1991 geborene Kinder während der ersten 36 Kalendermonate - als Kindererziehungszeiten anerkannt. Bei den Kindererziehungszeiten handelt es sich um Pflichtbeitragszeiten; Beiträge sind von Ihnen hierfür nicht zu zahlen, sie werden vom Bund getragen.

Darüber hinaus werden Erziehungszeiten bis zum zehnten Lebensjahr der Kinder als Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung anerkannt, soweit Sie die Voraussetzungen, die für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten maßgebend sind, auch während dieser Zeiten erfüllen.

Berücksichtigungszeiten können Einfluss auf die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen für eine Rente und die Bewertung beitragsfreier und beitragsgeminderter Zeiten bei der Rentenberechnung haben. Eine eigenständige Bewertung erfahren Berücksichtigungszeiten, wenn sie mit Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung oder Zeiten der Pflege eines pflegebedürftigen Kindes für ein anderes Kind zusammenfallen. Dann kann für Sie ein Anspruch auf die Gutschrift zusätzlicher Entgeltpunkte bestehen.

Die Anerkennung ist von bestimmten Voraussetzungen abhängig. Ob Sie diese Voraussetzungen erfüllen, wird anhand des Antrags auf Feststellung von Kindererziehungszeiten / Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung (Vordruck V800) geprüft.

Sollten die Kindererziehungszeiten / Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung bereits bei Ihnen oder bei einem anderen Berechtigten anerkannt worden sein, müssen Sie den Vordruck V800 nicht ausfüllen.

**9.2**

Anspruch auf die Gutschrift zusätzlicher Entgeltpunkte wegen der Pflege eines pflegebedürftigen Kindes bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres kann für Sie (Mutter / Vater) bestehen, wenn Sie die Pflege nicht erwerbsmäßig und im Durchschnitt mindestens 14 Stunden pro Woche (für Zeiten vom 01.01.1992 bis 31.03.1995 mindestens 10 Stunden pro Woche) ausgeübt haben.

Als Nachweis über das Vorliegen der Pflegebedürftigkeit des Kindes kommt zum Beispiel der Bescheid des Leistungsträgers, der die Pflegeleistung für das Kind erbracht hat, in Betracht. Aus dem Bescheid muss die Pflegebedürftigkeit sowie deren Dauer hervorgehen. Geht aus dem Bescheid des Leistungsträgers im Einzelfall der Umfang der wöchentlichen Pflegetätigkeit nicht hervor, kann der Nachweis von Ihnen auch durch andere geeignete Unterlagen (zum Beispiel Auszug aus dem Gutachten des Medizinischen Dienstes) geführt werden.

Pflegebedürftigkeit liegt vor, wenn die Pflegebedürftigkeit nach dem Pflegeversicherungsgesetz (Elftes Buch des Sozialgesetzbuches) festgestellt oder eine der nachfolgenden Leistungen gezahlt wurde:

- Entschädigung nach dem Bundesversorgungsgesetz beziehungsweise nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes vorsehen
- Entschädigung aus der gesetzlichen Unfallversicherung
- Entschädigung aus öffentlichen Kassen aufgrund gesetzlich geregelter Unfallversorgung oder Unfallfürsorge
- Fürsorgeleistungen nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches (beziehungsweise nach dem Bundessozialhilfegesetz)
- Fürsorgeleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz, dem Reparationsschädengesetz, dem Flüchtlingshilfegesetz
- Fürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Kriegsopferfürsorge) und nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes vorsehen.

**10**

### Sonstige Angaben

**10.1**

Diese Frage betrifft Versicherte, die im öffentlichen Dienst als Beamte oder diesen gleichgestellte Personen (zum Beispiel DO-Angestellte, Berufssoldaten oder Kirchenbedienstete) tätig waren oder sind. Die Frage ist mit "ja" zu beantworten, wenn aufgrund eines solchen Dienstverhältnisses eine Versorgung gezahlt wird oder künftig eine Versorgung zu zahlen ist. Es ist die Stelle anzugeben, die die Versorgungsbezüge zahlt (zum Beispiel Pensionsregelungsbehörde) beziehungsweise bei der künftig Versorgungsansprüche geltend gemacht werden können. Die Angaben sind erforderlich, weil beitragsfreie Zeiten bei Beamten und diesen gleichgestellten Personen bei der Rentenberechnung nicht berücksichtigt werden dürfen, soweit diese Zeiten bei der Versorgung ruhegehaltfähig sind. Dies gilt jedoch nur für die Rentenberechnung, ansonsten bleiben diese Zeiten - zum Beispiel zur Erfüllung der Wartezeit - weiterhin berücksichtigungsfähig.

**10.2**

Hier ist nur der Rentenbezug aus eigener Versicherung aus der gesetzlichen Rentenversicherung anzugeben.

Als Versicherungsträger außerhalb der Bundesrepublik Deutschland kommen sämtliche ausländischen Träger der sozialen Sicherheit (zum Beispiel Sozialversicherungsanstalt in Polen, Alters- und Hinterbliebenenkasse in Frankreich) in Betracht.

Diesem Antrag sind frühere Rentenbescheide oder sonstige Unterlagen über eine Rentenzahlung beizufügen. Ist die Rente zwischenzeitlich weggefallen, ist auch der Wegfallzeitpunkt anzugeben.

**10.3**

Zu einer Rente wegen Erwerbsminderung dürfen Sie in begrenztem Umfang hinzuverdienen. Dabei müssen Sie bestimmte Hinzuverdienstgrenzen einhalten. Nähere Hinweise finden Sie im Abschnitt Hinzuverdienstbeschränkungen für Renten wegen Erwerbsminderung.

**10.4**

Um einen nahtlosen Übergang in die Altersrente zu gewährleisten, können Ihre bisherigen beitragspflichtigen Arbeitsentgelte für maximal drei Monate bis zum Rentenbeginn hochgerechnet und der Rentenberechnung zugrunde gelegt werden. Ihr Arbeitgeber muss hierfür auf Ihr Verlangen eine Gesonderte Meldung über abgelaufene Beschäftigungszeiträume abgeben. Diese Gesonderte Meldung wird mit dem Vordruck R250 angefordert. Weicht das hochgerechnete Arbeitsentgelt von dem später tatsächlich erzielten beitragspflichtigen Arbeitsentgelt ab, insbesondere weil kurzfristige Unterbrechungen der Beschäftigung von weniger als einem Kalendermonat im 12-Kalendermonatszeitraum oder noch bis zum Rentenbeginn zu erwartende, über die regelmäßigen Einmalzahlungen (wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld) hinausgehende, Sonderzahlungen nicht berücksichtigt werden, verbleibt es grundsätzlich dennoch bei der bisherigen Berechnung der Altersrente.

Beziehen Sie versicherungspflichtige Sozialleistungen (zum Beispiel Krankengeld oder Arbeitslosengeld) oder werden für Sie Beiträge aufgrund einer nicht erwerbsmäßigen Pflege Tätigkeit gezahlt, fordert der Rentenversicherungsträger die Gesonderte Meldung direkt beim jeweiligen Leistungsträger an. Die entsprechenden beitragspflichtigen Einnahmen werden ebenfalls für maximal drei Monate bis zum Rentenbeginn hochgerechnet und der Rentenberechnung zugrunde gelegt.

Sollten Sie gegenüber dem Rentenversicherungsträger zum Ausdruck bringen, dass Sie die Möglichkeit der Nahtlosigkeit zwischen Beschäftigungsende und Rentenbezug mit Hilfe der Hochrechnung nicht nutzen möchten, braucht eine Gesonderte Meldung nicht angefordert zu werden. Der Arbeitgeber meldet dann das Ende der Beschäftigung mit der letzten Lohn- beziehungsweise Gehaltsabrechnung, spätestens sechs Wochen nach Ende der Beschäftigung. Die Rentenberechnung erfolgt dann nach Eingang dieser Meldung.

Haben Sie eine Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze beantragt, wird Ihnen die Frage gestellt, ob Sie bereits die Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft beantragt haben. Schwerbehinderte Menschen können bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen die Altersrente für schwerbehinderte Menschen erhalten. Diese Rente können Sie bereits nach Vollendung des 63. Lebensjahres ohne Abschläge erhalten, bei Erfüllung der Vertrauensschutzregelung sogar schon nach Vollendung des 60. Lebensjahres (siehe Erläuterungen zu Abschnitt 1, Altersrente für schwerbehinderte Menschen). Wenn Sie die Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft beantragt haben, das anhängige Feststellungsverfahren aber noch nicht abgeschlossen ist, empfehlen wir Ihnen - wenn Sie die Mindestversicherungszeit (Wartezeit) von 35 Jahren erfüllt haben - wegen der im Vergleich zu den anderen vorzeitigen Altersrenten geringeren Abschläge vorsorglich die Altersrente für schwerbehinderte Menschen zu beantragen. Auch wenn Sie die Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft noch nicht beantragt haben, sich aber für schwerbehindert halten und die Wartezeit von 35 Jahren erfüllen, sollten Sie die Altersrente für schwerbehinderte Menschen vorsorglich beantragen, um keine Fristen zu versäumen. Außerdem sollten Sie umgehend die Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft bei Ihrem zuständigen Versorgungsamt beantragen.

Wird der Antrag auf die Altersrente für schwerbehinderte Menschen zu spät gestellt, kann sie unter Umständen erst zu einem späteren als dem gewünschten Rentenbeginn oder gar nicht geleistet werden.

Bitte informieren Sie Ihren Rentenversicherungsträger, sobald über die Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft entschieden worden ist.

Sollte das Versorgungsamt bereits entschieden haben, dass Sie schwerbehindert sind, und möchten Sie die Altersrente für schwerbehinderte Menschen erhalten, so teilen Sie dies Ihrem Rentenversicherungsträger umgehend mit und fügen Sie bitte den entsprechenden Bescheid des Versorgungsamtes oder den Schwerbehindertenausweis bei.

Anspruch auf eine Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze besteht nur, wenn sich ein erzielter Arbeitsentgelt, ein steuerrechtlicher Gewinn oder vergleichbares Einkommen in den gesetzlich vorgeschriebenen Hinzuverdienstgrenzen hält. Nähere Hinweise finden Sie im Abschnitt Hinzuverdienstbeschränkungen für Altersrenten.

Bitte geben Sie daher an, ob Sie nach Beginn der Altersrente Arbeitsentgelt aus einem Beschäftigungsverhältnis, steuerrechtlichen Gewinn (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit) oder vergleichbares Einkommen (zum Beispiel Bezüge aus einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis als Minister oder Abgeordnetendiäten) erzielen. Für Angaben zu den genannten Einkünften steht der Vordruck R230 zur Verfügung.

**10.5** Bei einer Ehescheidung oder Aufhebung einer Lebenspartnerschaft findet grundsätzlich ein Versorgungsausgleich statt. Sind Sie im Versorgungsausgleich ausgleichsberechtigt, können sich für Sie eine Rentenerhöhung und zusätzliche Wartezeitmonate ergeben. Sind Sie ausgleichspflichtig, führt der Versorgungsausgleich grundsätzlich zur einer Rentenminderung. Ihre bereits erworbenen Wartezeitmonate bleiben jedoch unberührt.

Wurde der Versorgungsausgleich ausgesetzt, weil Anrechte aus den alten und den neuen Bundesländern zu verrechnen waren, kann das Familiengericht auf Antrag das Verfahren wieder aufnehmen, wenn sich die Durchführung des Versorgungsausgleichs auf eine Rente auswirken würde. Ihre Rente könnte sich erhöhen, wenn Sie im Versorgungsausgleich ausgleichsberechtigt wären. Da eine Rentenerhöhung erst nach Rechtskraft der Entscheidung des Familiengerichts möglich ist, empfehlen wir Ihnen, umgehend einen Wiederaufnahmeantrag beim Familiengericht zu stellen.

Hat das Familiengericht einen Versorgungsausgleich zu Ihren Lasten durchgeführt, wird Ihre Rente dennoch nicht gemindert, wenn die ausgleichsberechtigte Person verstorben ist und höchstens für 36 Monate Rente aufgrund des Versorgungsausgleichs erhalten hat. Ihre Rente wird außerdem nicht oder nur teilweise gemindert, solange die ausgleichsberechtigte Person noch keine Rente erhält und Sie ihr gegenüber zum Unterhalt verpflichtet sind. Diese Regelung kann auch in Betracht kommen, wenn Sie den gesetzlichen Unterhaltsanspruch der ausgleichsberechtigten Person durch Zahlung einer Unterhaltsabfindung abgegolten haben. Ob und inwieweit Ihre Rente nicht aufgrund des Versorgungsausgleichs gemindert wird, entscheidet das Familiengericht. Hierfür müssen Sie einen entsprechenden Antrag beim Familiengericht stellen.

**10.6** Es ist jede Schädigung anzugeben, für die ein anderer (Schädiger beziehungsweise Versicherung) Ersatz leisten muss. Als Schädiger sind zum Beispiel anzusehen:

- Autofahrer oder Autohalter (Verkehrsunfall)
- Hauseigentümer (Treppensturz, Glatteis)
- Stadt- oder Gemeindeverwaltung (schadhafter Bürgersteig)
- Tierhalter (Reitunfall, Hundebiss)
- Mitspieler bei Sportverletzungen (regelwidriges Verhalten)
- behandelnder Arzt oder Krankenhausträger (ärztlicher Behandlungsfehler).

Schadensersatz ist der Ausgleich des Schadens durch den Ersatzpflichtigen beziehungsweise die Versicherung. Ist wegen des Schadens bereits ein Gerichtsverfahren (Zivil- und Strafverfahren) anhängig, bitten wir um Mitteilung, bei welchem Gericht und unter welchem Aktenzeichen der Prozess geführt wird.

Bitte geben Sie ferner an, ob und gegebenenfalls mit wem ein Abfindungsvergleich geschlossen wurde.

**10.7** Hier sind sämtliche Zeiten einer Berufstätigkeit an Bord eines gewerbsmäßig in der Rheinschiffahrt verwendeten Fahrzeugs anzugeben (auch Zeiten auf einem ausländischen Rheinschiff).

Aufgrund dieser Angaben prüft der Rentenversicherungsträger, ob eine Leistung unter Beachtung des Rheinschifferübereinkommens in Betracht kommt.

**10.8** Das Fremdrentengesetz (FRG) regelt die Eingliederung von Vertriebenen und Spätaussiedlern in die deutsche gesetzliche Rentenversicherung. Berücksichtigt werden dabei die im Herkunftsland (zum Beispiel ehemalige Sowjetunion, Rumänien) zurückgelegten Beitrags- und Beschäftigungszeiten.

Wenn Sie Beitrags- oder Beschäftigungszeiten nach dem FRG zurückgelegt haben (zum Beispiel in der ehemaligen Sowjetunion oder in Rumänien) und nach dem 06.05.1996 nach Deutschland zugezogen sind oder sich im Ausland aufhalten, füllen Sie bitte zusätzlich den Vordruck R860 aus. Wenn Sie in Russland gearbeitet haben, füllen Sie bitte auch den Vordruck R865 aus.

## **11 Angaben über andere Leistungen**

**11.1** Renten an Hinterbliebene aus der Rentenversicherung sind Witwenrenten, Witwerrenten, Renten an vor dem 01.07.1977 geschiedene Ehegatten und Waisenrenten.

Als zahlende Stelle kommen die Versicherungsträger der gesetzlichen Rentenversicherung in Betracht.

Anzugeben sind auch entsprechende Rentenzahlungen ausländischer Träger der sozialen Sicherheit (zum Beispiel Sozialversicherungsanstalt in Polen oder Alters- und Hinterbliebenenkasse in Frankreich).

**11.2** Die Unfallrente (Verletztenrente) ist eine Leistung der gesetzlichen Unfallversicherung; sie wird von der Berufsgenossenschaft gezahlt, wenn die Erwerbsfähigkeit durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit gemindert ist.

Die Frage ist auch dann mit "ja" zu beantworten, wenn an die Stelle der Rente eine Abfindung getreten ist. Handelt es sich dabei um die Abfindung einer so genannten kleinen Unfallrente aufgrund einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von weniger als 40 Prozent, gilt diese für den Zeitraum in Jahren und Monaten als abgefunden, der dem Faktor entspricht, mit dem der Abfindungsbetrag errechnet worden ist. Die Abfindung wird nur für diesen Zeitraum auf die Rente angerechnet.

**11.3** Krankengeld ist eine Leistung der sozialen Krankenversicherung, die den durch Arbeitsunfähigkeit ausfallenden Verdienst ersetzen soll. Krankengeld wird durch die Allgemeinen Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen oder durch die Ersatzkassen (zum Beispiel Deutsche Angestelltenkrankenkasse - DAK, Barmer Ersatzkasse) gezahlt.

**11.4** Verletztengeld ist eine Leistung der gesetzlichen Unfallversicherung, die den ausgefallenen Verdienst während einer Arbeitsunfähigkeit oder einer Leistung zur Rehabilitation ersetzen soll. Das Verletztengeld wird von den Berufsgenossenschaften oder im Auftrag einer Berufsgenossenschaft von den oben genannten Krankenkassen gezahlt.

Versorgungskrankengeld ist eine Leistung des Versorgungsamtes nach dem Bundesversorgungsgesetz, die den ausgefallenen Verdienst während einer Arbeitsunfähigkeit oder einer Leistung zur Rehabilitation ersetzen soll. Das Versorgungskrankengeld wird von den Versorgungsämtern oder im Auftrag eines Versorgungsamtes von den vorher genannten Krankenkassen gezahlt.

**11.5** Arbeitslosengeld zahlen die Agenturen für Arbeit an Arbeitnehmer, die vorübergehend keine Beschäftigung finden. Das Arbeitslosengeld II erhalten erwerbsfähige Hilfebedürftige. Sozialgeld erhalten nicht erwerbsfähige Angehörige, die mit einem erwerbsfähigen - nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II) - Hilfebedürftigen in Bedarfsgemeinschaft leben. Zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit kann erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die arbeitslos sind, bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ein Einstiegsgeld erbracht werden. Diese Leistungen können von Kommunen oder Arbeitsgemeinschaften gewährt werden.

Eingliederungshilfe zahlen die Agenturen für Arbeit für arbeitslose Spätaussiedler, deren Ehegatten und Kinder. Übergangsbeihilfe können von Stilllegungsmaßnahmen betroffene Arbeitnehmer erhalten, wenn sie sich laufend bei der Agentur für Arbeit um Arbeit bemühen. Von der Agentur für Arbeit können Aufstockungsbeträge zum Arbeitsentgelt nach dem Altersteilzeitgesetz (AtG) gezahlt werden.

**11.6** Unterhaltshilfe wird vom Ausgleichsamt gezahlt. Es handelt sich um eine Form der Kriegsschadensrente nach dem Lastenausgleichsgesetz.

**11.7** Versorgungsrente (Beschädigtenrente) zahlt das Versorgungsamt an Personen, die durch Kriegsereignisse eine Gesundheitsschädigung erlitten haben. Die Versorgung erstreckt sich auch auf die Hinterbliebenen (Witwe, Waise, Eltern) derjenigen Beschädigten, die an den Folgen der Schädigung gestorben sind.

**11.8** Sozialhilfe wird vom Sozialamt gezahlt. Diese Leistung wird zum Beispiel als Hilfe zum Lebensunterhalt für Personen erbracht, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Kräften und Mitteln erbringen können.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird ebenfalls vom Sozialamt gezahlt. Anspruchsberechtigt sind Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können und unter anderem

- das 18. Lebensjahr vollendet haben und - unabhängig von der Arbeitsmarktlage - aus medizinischen Gründen dauerhaft voll erwerbsgemindert sind oder
- das 65. Lebensjahr vollendet haben.

**11.9** Einen Kinderzuschlag erhalten Sie unter bestimmten Voraussetzungen für Kinder unter 18 Jahren, für die Sie einen Anspruch auf Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz haben, und wenn durch die Zahlung des Kinderzuschlags der Eintritt von Hilfebedürftigkeit nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches vermieden wird.

Der Kinderzuschlag wird von der Familienkasse der Agentur für Arbeit gewährt, in deren Bezirk Sie wohnen oder Ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Dies gilt auch, wenn Sie oder ein anderer Elternteil im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.

**11.10** Elterngeld wird von den Elterngeldstellen (ab 01.01.2007) gezahlt. Es hilft Eltern, die sich in den ersten Lebensmonaten des Neugeborenen vorrangig der Betreuung ihres Kindes widmen, bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlage.

**11.11** Renten, Produktionsaufgabe- oder Landabgaberente, Ausgleichsgeld oder Übergangsbeihilfen werden von der landwirtschaftlichen Alterskasse oder der Alterskasse der Gärtner gezahlt.

Die laufenden Leistungen sind Hilfen für Landwirte, landwirtschaftliche oder gärtnerische Unternehmer beziehungsweise deren Witwen oder Witwer und mitarbeitende Familienangehörige.

**11.12** Ausbildungsförderung ist eine Leistung des Amtes für Ausbildungsförderung an Hoch-, Fachhoch-, Fach-, Oberschüler und Praktikanten.

**11.13** Krankenbezüge sind die Arbeitsentgelte, die den Arbeitnehmern für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit (als Gehalts- beziehungsweise Entgeltfortzahlung) tarifvertraglich gezahlt werden. Die Rentenzahlung kann dazu führen, dass der Anspruch auf die Krankenbezüge entfällt und der Arbeitgeber nach den tarifvertraglichen Bestimmungen einen Erstattungsanspruch hat.

**11.14** Jugendhilfe (zum Beispiel Pflegegeld) wird vom Jugendamt gezahlt. Es handelt sich um eine Leistung nach dem Achten Buch des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe - zur Unterstützung und Ergänzung der in der Familie des Kindes begonnenen Erziehung.

**11.15** Kriegsopferfürsorge erhalten bedürftige Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene. Diese Leistung zahlt das Sozialamt.

Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz zahlen zum Beispiel die Wehrbereichsgebührensämter. Das Gesetz regelt die wirtschaftliche Sicherung der Familienangehörigen von Wehrpflichtigen, die zum Wehrdienst einberufen sind.

Versorgungsleistungen im Sinne von § 9 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes - AAÜG - (Übergangsrente, Vorruhestandsgeld, Invalidenrente bei Erreichen besonderer Altersgrenzen, befristete erweiterte Versorgung, Invalidenteilrente, Elternrente), die nicht in die Rentenversicherung überführt sind, zahlt die Deutsche Rentenversicherung Bund aus.

## **12 Kinderzuschuss**

Einen Kinderzuschuss für ein Kind erhalten Sie zu einer Rente wegen Erwerbsminderung, einer Erziehungsrente oder einer Altersrente, wenn Sie für das Kind bereits vor dem 01.01.1984 einen Anspruch auf Kinderzuschuss hatten.

Besteht für Sie kein Anspruch auf Kinderzuschuss, können Sie eventuell Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz erhalten. Besteht für Sie Anspruch auf Kinderzuschuss und ist dieser niedriger als das Kindergeld, können Sie unter bestimmten Voraussetzungen den Unterschiedsbetrag zwischen Kinderzuschuss und Kindergeld erhalten. Das Kindergeld und der Unterschiedsbetrag zwischen Kinderzuschuss und Kindergeld werden von der Familienkasse der zuständigen Agentur für Arbeit oder, wenn Sie im öffentlichen Dienst beschäftigt sind oder eine Versorgung erhalten, von Ihrem Dienstherrn gezahlt.

## **13 Krankenversicherung der Rentner (KVdR)**

Die Krankenversicherung der Rentner (KVdR) bietet Ihnen unter bestimmten Voraussetzungen vom Tag der Rentenanstellung an einen Krankenversicherungsschutz durch die gesetzlichen Krankenkassen.

Die KVdR wird nicht durchgeführt, solange Sie nach anderen Vorschriften versicherungspflichtig sind oder ein anderer Ausschlussgrund vorliegt. Näheres hierzu können Sie im Merkblatt zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) und Pflegeversicherung (Vordruck R815) nachlesen.

**13.1** Damit die gesetzliche Krankenkasse prüfen kann, ob für Sie eine Pflichtmitgliedschaft in der Krankenversicherung der Rentner in Betracht kommt, haben Sie zugleich mit dem Rentenanspruch eine "Meldung zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) nach § 201 SGB V" (Vordruck R810) einzureichen. Die Meldung ist von Ihnen auch abzugeben, wenn Sie die Voraussetzungen für eine Pflichtmitgliedschaft in der KVdR offensichtlich nicht erfüllen, weil Sie zum Beispiel seit vielen Jahren bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert sind. Um Ihnen das Ausfüllen der Meldung zu erleichtern, enthält das "Merkblatt zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) und Pflegeversicherung" im Teil B eine Ausfüllhilfe.

Die Meldung ist durch den Rentenversicherungsträger oder die den Antrag aufnehmende Stelle unverzüglich an die für Sie zuständige gesetzliche Krankenkasse weiterzuleiten. Das ist die gesetzliche Krankenkasse (AOK, Ersatzkasse, Betriebs- oder Innungskrankenkasse, Knappschaft, landwirtschaftliche Krankenkasse), bei der Sie zurzeit versichert sind oder bei der Sie zuletzt krankensichert waren. Waren Sie bisher allerdings noch gar nicht bei einer gesetzlichen Krankenkasse versichert, können Sie selbst entscheiden, an welche gesetzliche Krankenkasse die Meldung gesandt werden soll.

Bitte tragen Sie den Namen und die Anschrift der jeweiligen gesetzlichen Krankenkasse ein. Darüber hinaus kreuzen Sie bitte an, ob der Vordruck R810 dem Rentenanspruchsformular beigelegt ist, nachgereicht wird oder bereits an die gesetzliche Krankenkasse weitergeleitet wurde.

Sollten Sie die Voraussetzungen für die KVdR erfüllen und diese Pflichtversicherung nicht wünschen, weil Sie zum Beispiel privat krankenversichert bleiben möchten, können Sie sich auf Antrag von der Pflichtmitgliedschaft in der KVdR befreien lassen. Bitte beachten Sie, dass Sie den Antrag innerhalb von drei Monaten nach der Renten-antragstellung bei der Krankenkasse stellen müssen, die für Ihre KVdR zuständig wäre.

**13.2** Die Versicherungspflicht in der KVdR ist trotz erfüllter Voraussetzungen ausgeschlossen, wenn Sie über den Rentenbeginn hinaus eine hauptberuflich selbständige Erwerbstätigkeit oder eine krankenversicherungsfreie Beschäftigung (mit einem Entgelt oberhalb der Jahresarbeitsentgeltgrenze in der Krankenversicherung) ausüben. Daher geben Sie bitte an, ob Sie über den Rentenbeginn hinaus hauptberuflich selbständig tätig oder krankenversicherungsfrei beschäftigt sein werden.

**13.3** Wenn Sie freiwillig oder privat krankenversichert sind, können Sie unter den Voraussetzungen des § 106 Sechstes Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VI) einen Zuschuss zur Krankenversicherung erhalten. Dafür ist es erforderlich, dass Sie die nachfolgenden Fragen vollständig beantworten. Bitte beachten Sie, dass es für den Beginn des Zuschusses zur Krankenversicherung wichtig ist, dass er rechtzeitig beantragt wird. Den Antrag müssen Sie bis zum Ende des dritten Kalendermonats nach Ablauf des Monats gestellt haben, in dem die Anspruchsvoraussetzungen für den Zuschuss zur Krankenversicherung erfüllt sind. Daher haben Sie auch in der "Meldung zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) nach § 201 SGB V" (Vordruck R810) die Möglichkeit den Zuschuss zur Krankenversicherung zu beantragen, dort jedoch nur formlos.

Haben Sie Anspruch auf Beihilfe, sollten Sie beachten, dass sich der Zuschuss zur Krankenversicherung auf die Höhe der Beihilfe auswirken kann, wenn er bestimmte Grenzbeträge überschreitet. Sollte dies zutreffen, können Sie auf den Zuschuss zur Krankenversicherung oder auf Teile des Zuschusses - für die Zukunft - verzichten. Ob sich Auswirkungen auf den Beihilfeanspruch ergeben, sollten Sie bei Ihrer zuständigen Beihilfestelle erfragen.

Sollten Sie den Zuschuss zur Krankenversicherung beantragen, teilen Sie uns bitte mit, ob Sie bereits zu einer weiteren Rente der gesetzlichen Rentenversicherung einen Zuschuss zur Krankenversicherung beziehen oder beantragt haben. Der Zuschuss zur Krankenversicherung wird dann aus der Summe dieser Renten (zum Beispiel Rente wegen Alters und Hinterbliebenenrente) berechnet und zu einer dieser Renten gezahlt.

Der Zuschuss zur Krankenversicherung wird nicht gezahlt, solange Sie in einer deutschen oder ausländischen gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind. Zu den deutschen gesetzlichen Krankenkassen zählen die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK), die Betriebskrankenkassen, die Innungskrankenkassen, die Ersatzkassen, die Knappschaft und die landwirtschaftlichen Krankenkassen. Die Zugehörigkeit zu einem ausländischen öffentlichen (staatlichen) Gesundheitsdienst stellt auch eine ausländische Pflichtkrankenversicherung dar. Sollten Sie eine Rente eines anderen Staates beziehen, in dem die VO (EWG) 1408/71 anzuwenden ist (das sind die Mitgliedstaaten der EU sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz) und sich in der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung als Leistungsberechtigter eingeschrieben haben, ist der Zuschuss zur Krankenversicherung ebenfalls ausgeschlossen. Tragen Sie bitte den jeweiligen Namen und die Anschrift der Krankenkasse sowie den Grund für Ihre Versicherungspflicht ein.

Sind Sie privat krankenversichert, ist der Zuschuss auf die Hälfte Ihrer tatsächlichen Aufwendungen zur Krankenversicherung zu begrenzen. Daher können unter bestimmten Voraussetzungen auch Beitragsaufwendungen für Ihre Familienangehörigen (Ehegatten oder Kinder) bei der Berechnung des Zuschusses berücksichtigt werden.

Ihr Familienangehöriger darf

- mit seinem Gesamteinkommen ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße nicht übersteigen (2009 = 360 EUR; bei geringfügiger Beschäftigung 400 EUR),
- selbst nicht in einer deutschen oder ausländischen gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sein und
- selbst nicht als Rentenbezieher einen Anspruch auf den Zuschuss zur Krankenversicherung haben.

Damit wir prüfen können, ob Beitragsaufwendungen Ihrer Familienangehörigen berücksichtigungsfähig sind, teilen Sie uns bitte mit, wie hoch das monatliche Gesamteinkommen Ihres Familienangehörigen ist und gegebenenfalls seit wann und von welchem Rentenversicherungsträger und unter welcher Versicherungsnummer Ihr Familienangehöriger selbst bereits eine Rente bezieht.

Wenn Sie privat krankenversichert sind, benötigen wir eine Bestätigung Ihres Krankenversicherungsvertrages von Ihrem Krankenversicherungsunternehmen. Daher bitten wir Sie, den Vordruck R821 von Ihrem Krankenversicherungsunternehmen ausfüllen zu lassen. Bei einer freiwilligen Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung wird eine Bestätigung nicht benötigt, da uns die erforderlichen Angaben von der jeweiligen Krankenkasse im Rahmen des maschinellen Meldeverfahrens übermittelt werden.

Weitere Informationen zum Zuschuss zur Krankenversicherung erhalten Sie im Merkblatt zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) und Pflegeversicherung (Vordruck R815).

## **14 Pflegeversicherung**

Wenn Sie bei einer gesetzlichen Krankenkasse Pflichtmitglied sind, sind Sie zugleich in der sozialen Pflegeversicherung versicherungspflichtig. Sie haben dann neben den Beiträgen zur Krankenversicherung auch Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung aus Ihrer Rente zu zahlen. Die Höhe der Beiträge in der Pflegeversicherung ist unter anderem davon abhängig, ob Sie Kinder haben oder hatten. Sollten wir dies noch nicht wissen, weisen Sie uns bitte nach, ob Sie Kinder haben oder hatten.

Näheres hierzu können Sie im Merkblatt zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) und Pflegeversicherung (Vordruck R815) nachlesen.

## **15 Dokumentenzugang**

Wir werden Ihnen zukünftig gewünschte barrierefreie Dokumente zusammen mit Dokumenten in Schwarzschrift auf Papier senden. Ein Nachweis über die Behinderung ist nicht erforderlich.

In einer Übergangsphase erhalten Sie den Großdruck auf DIN A3 Format. Die Schrift- / Textdatei wird im Dateiformat ".doc" ausgegeben.

Hörmedien werden mit einer synthetischen Stimme bereitgestellt. Das Format "DAISY" kann nur auf einem

- mp3-fähigen Abspielgerät gegebenenfalls mit DAISY-Software oder
- speziellen DAISY-Abspielgerät gehört werden.

Herkömmliche CD-Abspielgeräte sind für dieses Format nicht geeignet.

Wir werden Ihnen die barrierefreien Dokumente in höchstmöglicher Qualität zur Verfügung stellen. Sollte sich ein Dokument als fehlerhaft erweisen, teilen Sie uns dies bitte mit.

## **16 Erklärung der Antragstellerin / des Antragstellers**

In diesem Teil des Antrags werden Sie auf Pflichten im Zusammenhang mit Ihrem Rentenanspruch hingewiesen. Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie, hiervon Kenntnis genommen zu haben.

### **Anlage zum Rentenanspruch zur Feststellung der Erwerbsminderung**

Haben Sie einen Antrag auf Rente wegen Erwerbsminderung gestellt, ist es notwendig, zusätzlich die Anlage zum Rentenanspruch (Vordruck R210) auszufüllen. Auch hierbei haben Sie - wie bereits in diesen Erläuterungen auf Blatt 2 (Zum "Hinweis") ausgeführt - mitzuwirken (§§ 60 bis 65 SGB I).

Mit der Unterschrift unter der Erklärung entbinden Sie dritte Stellen von deren ärztlicher Schweigepflicht. Dies hat den Zweck, in Ihrem Interesse doppelte Untersuchungen soweit wie möglich zu vermeiden. Der Rentenversicherungsträger fordert regelmäßig nur Unterlagen aus jüngster Zeit an, die mit großer Wahrscheinlichkeit eine Aussage enthalten, die für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages des Rentenversicherungsträgers - nämlich die Leistungsminderung zur Feststellung der Erwerbsminderung zu prüfen - erforderlich sind.

In der "Information" werden Sie unter anderem auf die Möglichkeit hingewiesen, dass der Rentenversicherungsträger Ihre medizinischen Daten an einen Gutachter weitergeben darf. Sollten Sie wünschen, von einem bestimmten Arzt nicht untersucht zu werden, haben Sie die Möglichkeit, uns dessen Namen und Anschrift zu benennen. Der Rentenversicherungsträger wird dies dann bereits bei der Auswahl des Arztes, den er mit der Abgabe des Gutachtens beauftragt, berücksichtigen.

## **Anlagen**

### **Urkunden**

Sofern eine Bestätigung der Personenstandsdaten im Rentenantrag nicht vorgenommen wurde, sind Personenstandsurkunden vorzulegen. Sollten Sie keine Geburtsurkunde / Heiratsurkunde / Eheurkunde / Lebenspartnerschaftsurkunde besitzen, die Sie uns im Original oder als Fotokopie oder Abschrift mit Übereinstimmungsbestätigung einsenden können, ist auch eine bestätigte Fotokopie des Personalausweises oder des Reisepasses ausreichend.

### **Versicherungsunterlagen, Unterlagen über Ersatzzeiten und Anrechnungszeiten**

Mit dem Rentenantrag brauchen Sie Versicherungsunterlagen sowie Unterlagen über Ersatzzeiten und Anrechnungszeiten dann nicht einzusenden, wenn diese dem Rentenversicherungsträger in einem Kontenklärungsverfahren bereits vorgelegen haben.

Ist die Vorlage von Versicherungsunterlagen erforderlich, bitten wir Sie, diese im Original einzusenden. Wenn Sie die erforderlichen Daten mit dem Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung nachweisen, können Sie in einer Ablichtung des Ausweises (mit Übereinstimmungsbestätigung) die Daten unkenntlich machen, die für den Rentenversicherungsträger nicht erforderlich sind. Bei sonstigen Unterlagen und Urkunden genügen auch Fotokopien oder Abschriften, sofern deren Übereinstimmung mit dem Original bestätigt ist. Wir bitten Sie, diese Bestätigung (keine amtliche Beglaubigung) durch unsere Auskunft- und Beratungsstellen, Versichertenberater beziehungsweise Versichertenälteste, durch die anderen Sozialleistungsträger (zum Beispiel Krankenkassen), durch die Versicherungsämter beziehungsweise die Stadt- oder Gemeindeverwaltungen oder die deutschen Auslandsvertretungen vornehmen zu lassen; die Bestätigung erfolgt kostenlos. Es reicht nicht aus, wenn die Bestätigung der Übereinstimmung der Fotokopie oder Abschrift mit dem Original von Ihnen selbst oder einem Rechtsanwalt, Rechtsbeistand oder Rentenberater vorgenommen wird.